

Calmer Tagblatt

Nr. 222.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: Amal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 8. —
Reklamen Nr. 20 — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Samstag, den 23. September 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Erlegerlohn Nr. 315. — Vierteljährlich, Postbezugs-
preis Nr. 315. — mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Türken wollen, da die Entente noch keine Antwort an ihre Forderungen bezüglich Thrakiens und Konstantinopels gegeben hat, ein Ultimatum an die Alliierten richten. Die gemeinsame Antwort läßt deshalb auf sich warten, weil die Franzosen und Italiener sich mit den Engländern über die Zugeständnisse an die Türken noch nicht zu einigen vermocht haben. Während die ersten für Zusicherungen bezüglich Thrakiens sind, wollen die Engländer vorläufig keine Zugeständnisse machen. Da die Franzosen ihre Truppen vom asiatischen Ufer der Dardanellen zurückgezogen haben, so stehen nur noch englische Truppen dort, die dauernd verstärkt werden. Inzwischen drängen aber die Türken auf eine Entscheidung, weil sie selbstverständlich nicht warten wollen, bis die Engländer genügend gerüstet sind, um ihnen den Vormarsch auf Thrakien verwehren zu können. Die Lage im Orient ist also unverändert ernst.

Die amerikanische Regierung hat offiziös bekannt gegeben, daß sie an einer etwaigen Orientkonferenz nicht teilnehmen werde; dafür wird aber der übliche „Beobachter“ entsandt werden. Auf diese Weise vermögen die Amerikaner mehr Einfluß auf die Verhandlungen zu nehmen, als das nach außenhin in Erscheinung tritt.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag stellte der Reichsjustizminister Dr. Radu sich Richtlinien über die Reform des Strafrechts auf.

Die orientalische Frage.

Die türkischen Forderungen.

Paris, 22. Sept. Ein Mitarbeiter des „Deure“ hatte eine Unterredung mit dem Pariser Vertreter der Angora-Regierung Ferid Bey, in der dieser erklärte, die türkische Regierung sei der Ansicht, daß sie das unumstößliche Recht habe, die Hauptstadt und die türkischen Gebiete in Europa zu besetzen. Die türkische Sache habe die Gerechtigkeit für sich, aber solange es in ihrer Macht stehe, werde die Regierung sich bemühen, mit der Gerechtigkeit die Klugheit zu verbinden. Durch ihren Vertrag mit Rußland habe die Türkei sich verpflichtet, zu verlangen, daß Rußland an den Verhandlungen, die sich um das Programm der Meerengen drehen, beteiligt werde. Bezüglich der Meerengen lasse die le-malistische Regierung über Einzelheiten nicht sich reden. Er glaube, daß die Mächte sich leicht einigen könnten, Konstantinopel ohne Vorbehalt an die Türken zurückzugeben. Gallipoli sei ein heikles Programm. Bezüglich der freien Durchfahrt durch die Dardanellen werde die Angora-Regierung verlangen, daß fremde Kriegsschiffe nur mit Genehmigung der türkischen Regierung die Meerengen durchfahren dürfen, da sonst die Sicherheit der türkischen Hauptstadt gefährdet sei.

Die Türken drängen auf Entscheidung der Alliierten.

London, 23. Sept. Reuters meldet aus Konstantinopel, daß in kemalistischen Kreisen eine pessimistische Auffassung über die gegenwärtige Lage herrsche. Es werde erklärt, daß, wenn die Kemalisten keine Versicherungen und Garantien von den Alliierten erhielten, daß die thrakische Frage zu Gunsten der Türkei geregelt werde, es nicht möglich sein werde, den siegreichen Vormarsch des Heeres aufzuhalten. Die Verantwortung für die Folgen werde dann auf die Mächte fallen. Außerdem werde erklärt, wenn die Zusicherungen nicht innerhalb 48 Stunden gegeben würden, so werde eine ernste Lage entstehen. — Daß die Türken natürlich nicht warten wollen, bis die Alliierten genügend Streitkräfte bei Konstantinopel zusammengezogen haben, um den türkischen Vormarsch gegen Thrakien zu verhindern, ist begreiflich.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Paris, 22. Sept. Nach einer Havas-Meldung hat die gestern nachmittag veröffentlichte englische Mitteilung, daß die englischen Truppen weiter auf dem Südufer der Dardanellen und besonders in Tschanaq bleiben würden, in französischen und italienischen politischen Kreisen einen etwas ungünstigen Eindruck gemacht und man sei sich darüber klar, daß eine derartige Entscheidung nicht geeignet sei, eine Abmachung zu erleichtern. Aus den Unterhandlungen Kemal Paschas mit dem französischen Vertreter gehe hervor, daß die Angoraregierung nicht zu einer Friedenskonferenz kommen werde, wenn sie nicht vorher for-

meß Zusicherungen bekommen habe, daß auf dieser Friedenskonferenz ihre Ansprüche auf die Maragragrenze und die Zurückgabe Adrianopels anerkannt werden. Es wäre daher gut, wenn die Alliierten sich darüber verständigen würden, die Friedenskonferenz auf der Grundlage der Befriedigung dieser territorialen Wünsche der Türken in Thrakien einzuberufen. Bezüglich der Meerengen waren die Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens bei ihrer Zusammenkunft im März darüber einig, daß die alliierten Streitkräfte nur auf der Halbinsel Gallipoli stehen sollten, während die alliierten Militärinspektoren nur die Aufrechterhaltung der Neutralität des Südufers überwachen würden. Als Lord Curzon sein Erstaunen über die Zurückziehung der französischen Truppen aus Tschanaq ausdrückte, bezog er sich auf die Abmachungen von 1919 und 1920 betreffend das internationale Oberkommando im Orient. Nach dieser Abmachung aber sollte der englische Oberkommandant nur nach vorheriger Verständigung mit den Oberkommissaren der drei Mächte, also nicht ohne Zustimmung der drei Regierungen, über die Truppenbestände verfügen. Frankreich sei daher durchaus im Recht gewesen, seine Truppen aus Tschanaq zurückzuziehen.

Paris, 23. Sept. Ueber die gestrige Sitzung der Orientkonferenz berichtet die Agence Havas noch u. a.: Auf französischer und italienischer Seite war man der Ansicht, es sei angebracht, den Türken, wenn man sie zu einer Konferenz berufe, besondere Zusicherungen über die Aufnahme zu geben, die ihre territorialen Forderungen besonders bezüglich der Maraga-Grenze und Adrianopels finden würden. Diese Ansicht wurde von Lord Curzon nicht geteilt. Nach dessen Meinung können Änderungen des Vertrags von Sevres erst im Laufe der Friedensverhandlungen festgelegt werden. Unter diesen Umständen fragt man sich, ob es nicht zweckmäßiger sei, an die Türkei entweder eine in allgemeinen Wendungen gehaltene Kollektionnote der Alliierten zu senden oder einzelne Noten, in denen jede der Mächte ihre Ansicht zum Ausdruck bringen könne. Frankreich und Italien würden dabei die Verbesserungen vermerken, die sie gegen die früheren Bedingungen in Erwägung ziehen. Es wurde noch keine Entscheidung in dieser Hinsicht getroffen und erst bei Ende der Beratungen der Kabinette von London und Paris wird die endgültige Form der Einladung festgelegt werden. Es ist jedenfalls sicher, so schließt die Meldung, daß die Mitteilung der Großmächte keine Drohung mit Sanktionen enthält und in keiner Weise drohender Natur sein wird.

Paris, 22. Sept. Ueber die heutigen Verhandlungen über die Orientfrage berichtet die Agence Havas folgenden Bericht: Lord Curzon, Graf Sforza und Poincaré haben in der heutigen Sitzung die Frage untersucht, unter welcher Voraussetzung an Angora eine Einladung im Hinblick auf die Friedenskonferenz zu richten wäre. Sie werden mit der Prüfung dieser Frage in einer weiteren Sitzung fortfahren, die morgen Nachmittag 2 Uhr beginnt. Dazu meldet Havas offiziös: Die heutige Sitzung der Orientkonferenz war kurz vor 6 Uhr zu Ende. Beim Verlassen der Sitzung hat Lord Curzon erklärt, man werde morgen Nachmittag wieder beginnen, denn es bleibe noch viel zu erörtern. Der französische Ministerpräsident wünsche zunächst den Ministerrat einzuberufen. Es sei zu hoffen, daß die Arbeiten der Konferenz morgen Abend beendet sein würden. — Nach den ersten Informationen haben sich die heutigen Verhandlungen vor allem auf die Form bezogen, die der Einladung an die Türken zur Teilnahme an der Friedenskonferenz gegeben werden soll. Es handelt sich namentlich darum, ob man sich in dieser Einladung in bestimmter Form über gewisse internationale Verbesserungen des Vertrags von Sevres aussprechen soll, namentlich in Bezug auf Thrakien.

Amerika als „Beobachter“ auf der Orientkonferenz.

Paris, 22. Sept. Nach einer Meldung der „New York World“ aus Washington werden auf der Friedenskonferenz für den nahen Osten die Vereinigten Staaten wahrscheinlich durch einen inoffiziellen Beobachter vertreten sein.

Deutschland und die Orientfrage.

Berlin, 22. Sept. Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth, in der auch Deutschlands Stellung zu den Ereignissen im Orient berührt wurde. Der Kanzler äußerte sich in diesem Zusammenhang folgendermaßen: „Deutschlands Politik ist der Friede. Wir haben kein Interesse an den Problemen des

Orients, wir hatten alle militärischen Konflikte, wo immer auch sie sein mögen, für unerwünscht.“ — Offiziell ist diese Erklärung wohl begreiflich; indirekt aber hat Deutschland ein eminentes Interesse am Ausgang des Orientkonflikts.

Völkerbund und orientalische Frage.

Manteltopfpolitik der Alliierten gegenüber dem Völkerbund.

Gené, 22. Sept. Nachdem gestern im 3. Ausschuß der Völkerbundsversammlung die Reparationsfrage behandelt worden war, stand heute im 5. Ausschuß (politische Angelegenheiten) wenn auch in weniger feierlicher Form die Orientfrage zur Debatte, anlässlich des Antrags Nansen, der die Beendigung des griechisch-türkischen Krieges forderte und der von Cecil Lefferts unterstützt wurde. Fisher (England) und in Übereinstimmung mit ihm Hanotaux (Frankreich) lehnten diesen Antrag ab. Fisher (England) schlug einen eigenen Text vor, der den Großmächten (1) die Initiative für alle Schritte vorbehalten will. Da weder über diese Fassung noch über einen neuen dem englischen Text sich nähernden Entwurf Ishii (Japan) ein Einvernehmen erzielen werden konnte, wurde ein Redaktionskomitee mit der Ausarbeitung des endgültigen Textes betraut. Trotz des Appells verschiedener Delegierter, darunter des australischen Vertreters Cool, nach dessen Ansicht eine so große Maschine wie der Völkerbund etwas für die Wiederherstellung des Friedens tun müsse, dürfte der Resolutionsentwurf, an dem morgen das Redaktionskomitee arbeiten soll, die Auffassung der Großmächte sanktionieren. — Man sieht, der Völkerbund ist nur dazu da, den Willen der Entente auszuführen, und der „Initiative der Großmächte“, d. h. der Großen Entente zu folgen.

Englische Truppenverstärkungen für den Orient.

London, 23. Sept. Das zweite Bataillon der Grenadierregiment fuhr gestern abend nach dem nahen Osten ab. Das zweite Bataillon der Königsfüsilier hält sich bereit, ihm zu folgen. Möglicherweise werden dann noch zwei weitere Bataillone abgehen. Wie verlautet, gehen auch Zerstörer nach dem Mittelmeer. Zwei Zerstörer haben für heute Befehl zur Abfahrt erhalten.

Smyrna ein Trümmerhaufen.

Berlin, 22. Sept. Der in Rom eingetroffene Direktor der Filiale der Banca di Roma in Smyrna gibt eine eingehende Schilderung der Ereignisse in Smyrna, die vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wird. Erst nachdem die Armenier die einrückenden Türken mit Bomben beworfen und die eigenen Quartiere angezündet hatten, um die türkischen Truppen aufzuhalten, sei es zu türkischen Bergstellungsmassnahmen gekommen. Die seit drei Jahren mißhandelte türkische Bevölkerung habe sich auf die griechisch-armenischen Quartiere gestürzt. Auf dem Quai seien in kürzester Zeit viele Tausende zusammengedrängt, die sich gegenseitig ins Meer stießen oder in den Flammen umkamen. Tausende seien verschmachtet, da die Wasserleitung durch Dynamit zerstört worden war. Weit über 50 000 Menschen seien umgekommen. Smyrna sei nur ein Trümmerhaufen.

Russische Kriegsmaterialaufkäufe in Italien.

London, 22. Sept. Die „Times“ berichtet, daß die Agenten der Sowjetregierung beträchtliche Warenmengen in Italien aufkaufen. Eine sehr große Bestellung auf Panzerwagen, Lastautos und Automobile und anscheinend auch Maschinengewehre soll an die Fiat-Werke vergeben worden sein.

Ausland.

De Luberjac über das Wiederaufbaunabkommen mit Stinnes.

Paris, 22. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Laon hat dort de Luberjac gestern vor den Präsidenten, Architekten und Unternehmern der Wiederaufbaugenossenschaften des Departements Aisne einen Vortrag über sein Abkommen mit Stinnes gehalten, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. De Luberjac erklärte, er habe bei Unterzeichnung des Vertrags nicht den geringsten politischen Hintergedanken gehabt. Von der Regierung habe er keinerlei offiziellen Auftrag gehabt. Seine Absicht sei nur gewesen, Baumaterial zu erhalten, für das Frankreich nicht wieder Vorschüsse leisten müsse. Er habe als Präsident der Wiederaufbaugenossenschaften gehandelt und in der Ueberezeugung, daß er die Interessen der Geschädigten sowie des Landes verteidige.

Der Abmangel des polnischen Staats.

Berlin, 22. Sept. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Warschau legte der polnische Finanzminister dem Sejm ein neues Programm für die Sanierung

der polnischen Finanzen vor. Er stellte den Antrag, weitere Banknoten auszugeben. Diese erreichen damit die Höhe von 500 Milliarden, wovon 350 nicht gedeckt sind.

Die amerikanische Schutzpolitik.

Washington, 19. Sept. (Zuspruch.) In der Debatte, welcher die Annahme des Berichtes der Konferenz beider Häuser des Parlaments über den Tarifentwurf ohne Verbot für Farbstoffe und Kaffabgaben vorausging, bestritt ein republikanischer Senator vom Finanzausschuß, die Behauptungen der Demokraten, daß die Zölle im allgemeinen höher seien als die des Payne Aldrichtarifes. Die Bill wird nun dem Präsidenten zur Unterschrift unterbreitet werden. Sachverständige sind der Meinung, daß einzelne Zölle, namentlich diejenigen für Stahlwaren, praktisch undurchführbar sind, weil es Prohibitivzölle sind. Als verhältnismäßig gering werden von den Sachverständigen die Zölle auf Baumwollwaren, Wollwaren, Holz, Steingut, Metalle, Papier und Bücher bezeichnet. Auch die Zölle für Chemikalien mit Ausnahme von Kohlenwasserstoffen hält man für niedriger als die Höhe des Payne-Aldrichtarifes.

Deutschland.

Die Frage der Anpassung der Beamtenegehälter an die Teuerung.

Berlin, 22. Sept. Heute vormittag fand in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Vizekanzlers Bauer in Anwesenheit von Vertretern der preußischen Staatsregierung eine Besprechung mit den Führern der Parteien des Reichstags und des preußischen Landtags über die Besoldungserhöhung der Beamten, Angestellten und Arbeiter statt. Vom Reichsfinanzministerium wurde mitgeteilt, daß heute nacht nach schwierigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eine Einigung erzielt worden sei. Es sei in Aussicht genommen, den allgemeinen Teuerungszuschlag von 437 Proz. auf 677 Proz. und den Kopfszuschlag, d. h. den erhöhten Teuerungszuschlag auf die ersten 10.000 Mark von 492 auf 777 Prozent zu erhöhen. Die Arbeiterlöhne sollen entsprechend festgelegt werden. Die Reichsregierung habe zugestanden, daß schon am nächsten Donnerstag in eine Beratung über die grundsätzliche Neuordnung der Gehälter insbesondere des Grundgehalts und des Oktoberzuschlags eingetreten werden soll. Vizekanzler Bauer erklärte, daß noch heute der Ausschuß des Reichsrats und der ständige Ausschuß des Reichstags um ihre Zustimmung zu den geplanten Erhöhungen ersucht werden würden und daß die Auszahlung der Bezüge mit größtmöglicher Beschleunigung vor sich gehen werde. An diese Mitteilungen schloß sich eine kurze Aussprache. Das Reichsministerium hat bereits in einer vormittags abgehaltenen Sitzung der Neufestsetzung der Teuerungszuschläge zugestimmt.

Ehrung der deutschen Segelflieger beim Reichspräsidenten.

Berlin, 22. Sept. Beim Reichspräsidenten fand heute abend ein Empfang zu Ehren der Rhönsegelflieger statt, von denen u. a. Henzen und Martens erschienen waren. Außerdem waren erschienen Vizekanzler Bauer mit den in Berlin anwesenden Mitgliedern der Reichsregierung, für die preußische Regierung Unterrichtsminister Böllig, als Vertreter der deutschen Hochschulen, der Direktor der Universität Berlin, Geh. Rat Kernst und der Direktor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Rothe, ferner Vertreter der Industrie, Finanz-, Wirtschafts- und Handelskreise, sowie der Presse und der Vorsitzende der Rhönsegelflieger, Konrad Kosenberg. Der Reichspräsident wies in kurzen Begrüßungsworten auf die Leistungen der deutschen Gleitflieger hin. Allen, die den Segelflug in der Rhön veranfaßtet und aktiv an ihm teilgenommen hätten, gebühre Dank und Anerkennung. Hierauf gab Diplomingenieur Henzen eine Darstellung der Technik des motorlosen Fluges und der Probleme, die auf diesem Gebiet noch zu lösen sind. Der Vertreter des Verkehrsministeriums, Ministerialdirektor Bredow, sagte die Bereitwilligkeit der amtlichen Stellen zu, die Bestrebungen der motorlosen Luftfahrt nachdrücklich zu unterstützen. In angeregter Unterhaltung fand dann ein Gedankenaustausch statt. Der Abend gestaltete sich zu einer schönen Ehrung für die erfolgreichen Vorkämpfer des Segelflugs.

Schluß des sozialdemokratischen Parteitag.

Augsburg, 22. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag hat nach einer von dem Vorsitzenden Wels vorgelegten Zusammenfassung der Abstimmungen folgenden Antrag Barth abgelehnt: „Der Parteitag möge beschließen, daß die Partei mit der Deutschen Volkspartei eine Regierungskoalition nicht eingeht.“ — Bei der Vorstandswahl wurden fast einstimmig Hermann Müller und Wels zu Parteivorstand gewählt. In die Kontrollkommission wurde u. a. Reichstagspräsident Löbe gewählt. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die scharf gegen die Ausweisung der beiden sozialdemokratischen Redakteure in Saarbrücken protestiert. Nach einem Schlußwort von Wels wurde der Parteitag geschlossen.

Der Reichsjustizminister über die Frage der Strafprozeßreform.

Augsburg, 22. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag erklärte der Reichsjustizminister Dr. Kadbruch, das Wichtigste sei die Reform des Strafprozeßverfahrens. Eingeführt werden müsse die Berufung gegen Strafammerurteile, die Laienbeteiligung in höherer Instanz, Garantien dafür, daß aus allen Volkskreisen Laien auf die Richterbank gelangen. Das Gesetz über diese Neuordnung müsse möglichst schnell verabschiedet werden, denn die bayerische Regierung habe bereits zugesagt, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Volksgerichte verschwinden

Ämtliche Bekanntmachung

Wasserkraftanlage an der Nagold bei der „Nonnenweg“ auf Markung Liebenzell, Dornbach und Unterreichenbach betr.

Ingenieur Wilhelm Zeißet in Cannstatt beabsichtigt, das Gefälle der Flossstaustufe „Nonnenweg“ an der Nagold bei Km. 17,20 auszunutzen und zwar durch Erhöhung des Staues der bereits bestehenden Flossstaustufe. Er hat zu diesem Zweck ein Gesuch beim Oberamt Calw eingereicht.

Die vorhandene Wasserkraft soll zur Erzeugung von Elektrizität verwendet werden. Zeißet will zu diesem Zweck auf Parz. No. 5194 der Markung Neuhausen ein Turbinenhaus erstellen, in dem eine Francis-Turbine mit vertikaler Welle eingebaut werden soll.

Etwaige Einsprachen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens der Bekanntmachung an gerechnet, beim Oberamt Calw, wofür auch die Pläne und Beschreibungen des Werkes zur Einsicht aufzulegen, einzureichen.

Einwendungen, die nach Ablauf der Frist eingereicht werden, können in dem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Calw, den 21. September 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

Bekanntmachung des Ernährungsministeriums, betr. die Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien.

Die mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erlassene Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 8. Oktober 1920 (Staatsanzeiger Nr. 23), wonach Kartoffeln nur mit vorgängiger Genehmigung der Landesverforgungsstelle zu Branntwein verarbeitet werden dürfen, bleibt auch für die Ernte 1922 in Geltung.

Stuttgart, den 11. September 1922.

In Vertretung: Rau.

werden. Vorbereitet sei ein Jugendgerichtsgesetz, das die Strafmündigkeit heraufsetzt, ein Auslieferungsgesetz. Endlich sei es zur Vorbereitung eines neuen Strafbuchgesetzes gekommen und zwar unter Beteiligung Deutsch-Oesterreichs. Es bestünde die feste Aussicht für ein gemeinsames deutsch-oesterreichisches Strafbuch. Verschwunden sei in dem Entwurf, der noch dem Kabinett vorliege, Ehren-, Zuchthaus- und Todesstrafe. Gleichzeitig müsse ein neues Strafvollzugsgesetz verabschiedet werden. Weiter wolle er durchführen eine Erleichterung der Ehecheidung, eine Neuordnung des Rechts der unmündigen Kinder, eine Einschränkung des unbegrenzten Verwandtenrechts und Beseitigung des Zufallserbrechts. Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Schaffung der neuen Arbeitsgerichte, die alle Vorzüge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte behalten sollen, auch die besondere Art der Laienbeteiligung und die Verbindung von Justiz- und Verwaltungstätigkeit. Die Spitze bilde ein Reichsarbeitsgericht mit Laienbeisitzern. Das dem Reichstag vorliegende Mieterschutzgesetz sei ein erheblicher Fortschritt im Interesse der Mieter.

Lohnerhöhung und Kohlenpreis.

Berlin, 23. Sept. Blättermeldungen aus Essen zufolge hat auf das Ersuchen der Bergarbeiterverbände um Verhandlungen über eine neue Lohnerhöhung der Bergarbeiter für Oktober der Reichsverband der deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, geantwortet, daß die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung zum 1. Oktober nicht eingesehen werden könne. Die letzte Lohnerhöhung sei mit Rücksicht auf das damalige scharfe Anziehen des Dollarkurses sehr reichlich bemessen worden und müsse für Oktober ausreichen. Eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises, die für die geforderte Lohnerhöhung Voraussetzung sei, sei für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar.

Ein gesundes Urteil.

Berlin, 22. Sept. Das Landgericht München verurteilte den Holzgroßhändler Kommerzienrat Abraham Langauer, der verfaulte und zu kurze Bretter mit den Kriegslieferungen geschickt hatte, zu 8 Monaten Gefängnis.

Kinderreichenbewegung und Aerzte.

Im ärztlichen Vereinsblatt schreibt Dr. med. Gmelin (Schwenningen) über die Notwendigkeit der ärztlichen Mitarbeit in den Kinderreichenbänden u. a.: Von den maßgebenden Stellen der Regierung wird der bevölkerungspolitischen Frage, die eine Lebensfrage des deutschen Volks ist, noch immer nicht das verdiente Interesse gewidmet, trotzdem durch den eingetretenen Geburtenrückgang unseres Volkes Zukunft aufs schwerste bedroht ist. Insbesondere für die Aerzte bietet sich ein willkommener Anlaß zur Mitarbeit im Bunde der Kinderreichen, weil gerade sie am ehesten auf die gleichzeitige Wertverbesserung eines zahlreicheren Nachwuchses hinzuwirken im Stande seien. Das beste und sicherste Mittel sei die gezielte Einführung des Heiratszeugnisses und die Eheberatung. Die Aerzte könnten und sollten aber auch durch lebendiges Beispiel vorangehen und auf das Vorbild der eigenen Familie zeigen, daß der Weisheit Gipfel nicht in der Befruchtung der Kinderzahl bestehe, daß Kinderreichtum vielmehr höchstes Gut für den Einzelnen wie für die Gesamtheit bedeutet. Letztere allerdings müsse durch eine gerechtere Steuererhebung und dergl. zu einer Abbürdung der schweren materiellen Belastung beitragen, unter der linderreiche Familien heute noch leiden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. September 1922.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats

statt. Auf Grund der Vereinbarungen des Arbeitgeberverbandes des württ. Städtetags mit dem Gemeindefacharbeiterverband werden die Löhne der Gemeindefacharbeiter ab 18. September erneut erhöht, und zwar in Ortsklasse C bei Arbeitern von mindestens 21 Jahren um 9.50 M pro Stunde, bei Arbeitern mit 18 bis 21 Jahren in Lohnklasse 1—3 5.50 M, in Lohnklasse 4 3.50 pro Stunde. Die Gesamtlöhne betragen nun in Ortsklasse C für die höchste Lohnklasse 59.20 M bei Arbeitern über 24 Jahren, 58.60 bei Arbeitern von 21—24 Jahren, 41.60 M bei Arbeitern von 18 bis 21 Jahren. — In der letzten Gemeinderatsitzung war die Schuldurkunde genehmigt worden, die die Bedingungen der Oberamts Sparkasse für eine Verlängerung der Rückzahlungsfrist der auf 1. August und 1. September fälligen Darlehen von je 500.000 M enthält. Danach war ein Zinsfuß von 6 1/2 Prozent verlangt worden, ab 1. Januar 1/2 Prozent höher als der jeweilige Reichsbankdiskontsatz. Außerdem mußte Entschädigung zugesagt werden für die höheren Zinsen, die die Oberamts Sparkasse etwa bei Aufnahme der an die Stadt geliehenen Summe bei der Girozentrale bezahlen müßte. Nun hat die Oberamts Sparkasse Neuenbürg der Stadt ein Darlehen von 2 Millionen zugesagt mit einem Zinsfuß von 1/2 Prozent unter Reichsbankdiskont, jedoch nicht unter 6 Prozent, 1/2 Prozent Verwaltungskostenbeitrag, innerhalb eines Jahres unfindbar. Die Bedingungen wurden vom Kollegium angenommen. Der hiesigen Oberamts Sparkasse wurde der verfallene Betrag von 1 Million sofort überwiesen. — Der Elternrat des Realprogymnasiums und der Realschule hat nun zu der Frage der Schulgeldderhöhung Stellung genommen. Wie schon mitgeteilt, hatte das Kultministerium die Erhöhung der Schulgeldderträge um 100 Prozent verfügt. Bisher hatte die Stadt den ihr zufallenden hälftigen Betrag je um 30 Mark gekürzt. Der Vorschlag hatte nun vorgeschlagen, im Hinblick darauf, daß 20 Prozent Freistellen zur Verfügung stehen, den städtischen Anteil ebenfalls um 100 Proz. zu erhöhen. Gegen diesen Antrag sprach sich der Elternrat aus, da dadurch der heute ohnehin schwer leidende Mittelstand am schwersten getroffen werde, der es mit seinen Grundbesitz nicht vereinbaren könne, Schulgeldderträge für seine Kinder anzunehmen. Das Kollegium wurde deshalb ersucht, das städtische Schulgeld überhaupt nicht zu erhöhen. Auch der Lehrerrat hat sich dem Ersuchen angeschlossen. Der Vorsitzende bemerkte, daß bei Genehmigung dieses Gesuchs ein Ausfall von 22.000 M entstehen würde. Außerdem müßte auch bei der Mittelschule die Erhöhung des städtischen Schulgelds unterbleiben. Hr. Bauehle trat für den Antrag des Eltern- und Lehrerrats ein, da die Eltern schon an sich gewaltige Ausgaben für Bücher und Hefie hätten. Die Schülerbeteiligung vom Lande habe zugenommen. Hr. Dreiß trat für die Auffassung des Vorsitzenden ein, da doch auf allen Gebieten große Preis-erhöhungen eingetreten seien. Frau Gr. Konz meinte, sie könnte die Haltung der Angehörigen des Mittelstandes verstehen, die nicht um Freistellen einkommen wollen. Demgegenüber erklärte der Vorsitzende, daß er auch nicht gegen den Antrag sei, aber grundsätzlich doch den fiskalischen Standpunkt betonen müsse. Zudem brauche sich bei den heutigen Verhältnissen niemand schämen, Freistellen anzunehmen. Auf die Anfrage von Hr. Staudenmeyer, ob bei der Aufnahme auch beachtet werde, daß unfähige Schüler, die lediglich aus gesellschaftlichen Gründen die höheren Schulen besuchen, ausgeschlossen werden, da sie nur Lehrer und Mitschüler behindern, antwortete Gemeinderat Bauehle, der Andrang namentlich zur Realschule sei stärker als bisher. Lateiner seien es 7/8, Realisten 1/8. Was die Begabung anbelange, so ändere sich das Verhältnis jedes Jahr während im Krieg die Ansprüche zurückgeschraubt werden müßten, würden jetzt wieder strengere Maßnahmen ergriffen, so daß die wirklich Unbegabten nicht in die höheren Klassen aufrücken können. Das Bestreben, den Kindern eine bessere Schulbildung zu ermöglichen, sei übrigens in allen Ständen vorhanden. Schließlich einigte man sich, für dieses Jahr von der Schulgeldderhöhung abzusehen, so daß lediglich die staatliche Erhöhung in Wirksamkeit tritt. Dadurch treten folgende Erhöhungen ein: In der Ortsklasse und 1. Klasse von 150 auf 240 M, in Klasse 2 bis 5 von 210 auf 330 M, in Klasse 6 und 7 von 270 auf 420 M. — Nach der von der Ministerialabteilung für Fachschulen festgestellten Leitfäden für den Auf- und Ausbau der Frauenarbeitschulen ist jetzt für diese Schulen ein Ortschulrat zu wählen, in dem außer dem Ortsvorsteher und der Leiterin der Schule noch 4—10 weitere Mitglieder, darunter mindestens die Hälfte Frauen vertreten sind. In Calw bestand seither ein Komitee von 10 Frauen, das bis zu den in 3 Jahren fälligen Neuwahlen belassen werden soll. Dann soll der Ortschulrat von 4 Frauen und 2 Herren neu gewählt werden. — Auf Antrag des Ausschusses der Kleinkinderschule wurde der Abmangel in Höhe von 13.000 M, der durch die äußerst notwendige Erhöhung des Gehalts der Kinderschwester und anderer Ausgaben entstanden ist, auf die Ortsklasse übertragen. Der Schulgelddertrag wurde von 5 auf 10 Mark heraufgesetzt. Die Schule wird von etwa 60—70 Kindern besucht. — Die Entlohnung der beiden im Nebenamt tätigen Lehrkräfte an der hiesigen Gewerbeschule wurde auf 50 M die Stunde festgesetzt. — Beim Verkauf städtischen Obstes wurden 38.939 M Erlös. Der Zentner links der Nagold brachte durchschnittlich 100 M, rechts der Nagold 140 M ein. Der Anregung von Hr. Dreiß, Samstags einen Obstmarkt abzuhalten, zu dem die Produzenten eingeladen werden sollen, soll Folge geleistet werden. — Da das Stadtbauamt Gelegenheit hat, ein Lager Wasserleitungsröhren zu noch verhältnismäßig annehmbaren Preisen zu kaufen, und da übriger Mißbrauch im Werte von 240.000 Mark abgestoßen werden kann, so wurde beschloffen, das Rohrenlager zu kaufen, und dazu die noch fehlenden 547.000 M aufzunehmen. Die Röhren sollen für eine Hochdruckleitung im Rappenberggebiet reserviert werden, da der Anschluß an die Mittelzone (Elsenbrunnen) in wasserarmen Zeiten kaum ausreichen würde. — Von dem noch vorhandenen Vorrat an städtischem Brennholz in Höhe von 400 Raummeter erhalten die Holzbäder 125 Raummeter, so daß jetzt auf jeden Holzbäder 20 Raummeter fallen. Von dem noch übrig bleibenden Holz bekommen

le 1 Raum zugewiesen weiter die, d meter erhaf fene Holz g Armen. Auf die Schule im G noch besonde higem Fort Klasse 7 u chenunte neben einer vaten Maß der Ausstell schiedenen werden. Wie n vollem Ha Senfations gen Sonnt mäßigten heimer Sch findet die das spanne Rom 1 führen un in der Fet mungen z Jeder Teil getne Ein zum 25. * Unte 22. Septem von La u Sa l m b a Kumpf gef liegt, kon (S 3) aus 8 Bet den Gewe richten, de triebsträte gegen die zu organi Da wird für die im schriftlich Verfahr Mts. bei de Calw, Im Si es unbeding Wohnu nachm. u Sch b Calw, un Von S einschließlic 3 (Arbeiter) statt, zu de wird. Der Schülerhilfe Calw, Für d Für d für Licht für Kra Für weiter Statist Gen

Hch. Zerweckh, Teinach
 empfiehlt billigt:
 Kurz-, Welf- u. Wollwaren, Wolle,
 Trikothemden und Trikot, Stoffe,
 Schürzen und Schurzzeugle,
 fremdenflanell
 sowie Schreib- und Lederwaren
 in großer Auswahl.

**Obstmühlen
 und Obstpressen**
 sofort lieferbar
Wilh. Wackenhuth, Calw
 Fernsprecher 142.



Johann Valentin Andreaä
 Die Zerstörung Calw's
 im Dreißigjährigen Kriege
 am 10. September 1634

Preis das Stück Mark 20.—

Erhältlich in den Buchhandlungen
 und auf der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Weizenmehl 0, Brotmehl,
 Nachmehl, Haberfuttermehl**
 empfiehlt billigt **Otto Jung.**

Montag, den 25. ds. Mts. von
 vormittags 7 Uhr ab, steht

in Calw
 im Gasthaus zum Löwen
 ein sehr großer Transport

erstklassiger, starker, junger
 Milchkuhe (Schaffkuhe);
 Kübberkuhe; trächtige Kühe;
 hochträchtige Kalbinnen;
 starke Zug- und Lern-Stiere

(auch paarweise)
 sow. groß. Auswahl
 starke u. klein.

Zuchtrinder
 zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
 und Tausch freundlichst einladen
Rubin und Max Löwengart.



Bitte ausprobieren!
Oetker's Rezepte



gelingen immer! Man versuche:
Apfeltorte mit Guß.

Zutaten: 200 g Mehl, 1/2 Päckchen Dr. Oetker's
 Milch-Eiweißpulver, 1 Eßlöffel voll Butter oder Margarine,
 1 Eßlöffel voll Zucker, 1/2 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver
 „Backin“, 6 Eßlöffel Milch oder Wasser.

Zutaten zum Guß: 140 g Mehl, 80 g Zucker,
 1 Eßlöffel voll Butter oder Margarine, 1 Teelöffel Dr.
 Oetker's Backpulver „Backin“, 1/2 Päckchen Dr. Oetker's
 Milch-Eiweißpulver, 1/4 Liter Milch oder Wasser.

Zubereitung: Verarbeite das Mehl, Milch-Eiweiß-
 pulver, Butter, Zucker und „Backin“ mit der Milch zu
 einem festen Teig, rolle ihn aus und belege damit eine
 Obstkuchenform. 3-4 Pfund Äpfel werden geschäl,
 in Scheiben geschnitten und gezuckert auf den halb
 angebackenen Boden gelegt.

Die Zutaten zum Guß rühre zu einem flüssigen Teig
 an, gieße die Masse über die Apfelscheiben und backe
 die Torte 30-40 Minuten. Nach dem Backen bestreue
 man sie mit Zucker.

Rezept Nr. 4.

Wir gewähren

in laufender Rechnung 3 1/2 % Zinsen
 auf Spareinlage 4 % Zinsen
 bei vierteljährlicher Kündigung
 bis zu Mk. 10 000.— 4 1/2 % Zinsen
 über Mk. 10 000.— 4 3/4 % Zinsen
 bei halbjährlicher Kündigung
 von Mk. 10 000.— aufwärts 5 % Zinsen.

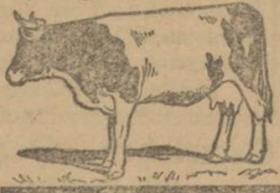
Größere Beträge werden bei längerer Kündigungsfrist noch höher verzinst.

Zeichnungen auf die **Zwangsanleihe**
 werden von uns zu den ausgeschriebenen Bedingungen entgegengenommen.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe
 in Calw, e. G. m. b. H.

Biehverkauf.

Von nächsten Montag, den 25. Sept.,
 morgens 1/8 Uhr ab, haben wir im
 Gasthaus z. „Schwane“ in Wildberg
 einen sehr großen Transport
 erstklassiger, junger, starker,
 gewohnter
 Milchkuhe,
 starke hoch-
 trächtige Kalbinnen, schöne
 Lernstiere, sowie eine sehr
 große Auswahl starke und
 kleinere Zuchtrinder



zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
 und Tausch freundlichst einladen
Rubin und Salomon Löwengart.

1,10 rosenk.
 Staliener-
 Hühner
 mit Stall u. Drahtgesteht
 zu verkaufen.
 F. Lück, Bad Liebenzell.

Schmied.
 Verkauft zirka
 10-12 Zentner
Wadelbirnen.
 Kentscher, Schültheiß.

TAPETEN

in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER,
 Bahnhofstraße.

Eine kombinierte
**Hobel-
 Maschine**
 50 cm Hobelbreite, eine
 Uni-Kreisäge
 und eine
Bandsäge
 700 mm Rollen-
 durchmesser, sind sofort
 abzugeben.
 Anfragen unter B.
 St. 220 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.



Alle Musikinstrumente
 für Haus und Orchester von
 den einfachsten Schülern bis
 zu den feinsten Künstler-
 Instrumenten, aller Zubehör,
 Saiten u. s. w. in reicher
 Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curtz,
 Borsheim, Leopoldstr. 17
 Arkadensiedelisch-Rohbrücke
 Großhandlung Einzelverkauf
 Ausführung all. Reparaturen
 und Stimmen.

**Anna Vogel
 Hermann Nüßle**
 grüßen als Verlobte
 Gmeinweiler Simmozheim
 September 1922

W. Volkstheater. Sonntag, 24. Sept.
 Nachm. 3 Uhr
 Letzte Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen.
 Unter gut. Mitwirkung des Borsheimer Sgrammlorchesters
 zum 2. Male.
Der Mädchenhändler.
 Abends 8 Uhr. Auf vielseitigen Wunsch
Der Fremdenlegionär.
 Vorverkauf: Zigarrenhandlung R. Dtt. Fernsprecher 133.

Geschw. Kleemann, Calw.
 Unser Geschäft bleibt von Freitag,
 den 22. September,
 bis Dienstag, den 3. Oktober
 geschlossen.

Rauschlos
Rauschlos | *Prinzessinnen*
 in Wein- u. Spirituosen
 im Verkauf

In allen einschlägigen Geschäften
 zu haben

Wolkenstein
 Weinbrand
 C. W. Kemp Nachf. H. G. Stettin
 Gebr. 1858.
 Lager unterhält unser General-Vertreter:
 Conrad Petruschke, Ulm a. Donau, Fernruf 1457.

Biehverkauf.

Von kommenden Montag, den
 25. ds. Mts., vormittags 7 Uhr ab,
 steht in meiner Stallung

in Wildberg
 ein sehr großer Transport
 erstklassiger, hochträchtiger
 Kühe und Kalbinnen;
 schöne junge
 Milchkuhe;
 sowie eine große Aus-
 wahl in

schönem Jungvieh
 zum Verkauf, wozu Liebhaber freund-
 lichst einladet
Hermann Hopfer.



Die orient
 Entspannu
 hierien al
 entgegenzu
 gerichtet,
 Form um
 Vertretern
 züglich in
 erklären g
 bis zur W
 itig (!) ge
 großen Ph
 Gebiet zum
 len Thragie
 um die gri
 Haltung d
 einer natio
 fämtliche n
 die Krisis
 tische Ford
 verhandlun
 mitwirken
 worden.

Dem deutsche
 der Zwisch
 Erziehung
 Deutsch

Die Vertre
 hat einfr
 listen und

Die Ein
 Einstimm
 durch d. Be
 Nürnberg,
 in dem die a
 gieren der k
 parteitagen j
 siegelu sollte
 beitem und
 schlag des A
 S. P. D., un
 Parteitagsoo
 tags wurden
 Hermann Wi
 die Frage, ob
 bisherige Pa
 Bedeutung d
 Eingung de
 nationale So
 darstellen, die
 perialismus
 Wöller zum
 das von den
 für die Verei
 mige Annahn
 Vorsitzenden
 teilprogramme
 von den beid
 barungen an
 Bezeugung des
 die Billigung
 einstimmig g
 We l. s. Letzt
 Ländern und
 sch n Parteien
 mon (Englan
 demokratie al
 mus. Bei sei
 seine Ueberge
 macht werden
 einigung mit
 Krieg sei von
 der erleichtere
 französischen
 ler Länder so
 folgen und st